

Zahlreiche Fachverbände und Organisationen kritisieren den vorliegenden Gesetzentwurf. Die Wohlfahrtsverbände als Träger der Tageseinrichtungen haben den ursprünglich ausgehandelten Konsens mit der Landesregierung aufgekündigt.

Es kann nicht sein, dass ein Gesetzentwurf derartige Diskussionen um unklare Rahmenbedingungen und Finanzierungsfolgen auslöst und Eltern massiv verunsichert.

Der Familienbund fordert:

Das KiBiz muss sich mehr am Kindeswohl orientieren und weniger an den Finanzen der öffentlichen Hand!

Was können Eltern tun?

- ✓ Sprechen Sie Ihren Landtagsabgeordneten an!
- ✓ Nehmen Sie an Demonstrationen gegen den Gesetzentwurf teil
(z.B. am 15.09.2007 in Düsseldorf)
- ✓ Informieren Sie sich in Diskussionsveranstaltungen über Einzelheiten!
- ✓ Beteiligen Sie sich an Unterschriftenaktionen gegen den Gesetzentwurf!

Noch sind Änderungen möglich!

Mehr Infos unter:

www.familienbund-nrw.de

www.weil-kinder-zukunft-sind.de



Familienbund der Katholiken
Landesverband NRW e.V.

Lindenstr. 14

50674 Köln

Tel. 0221 / 24 23 43

E-mail: familienbund.nrw@t-online.de



**Änderungen am
geplanten
Kinderbildungsgesetz
(KiBiz)
sind zwingend
erforderlich !**

Elterninformation
zum Gesetzentwurf der Landesregierung NRW





Ein Wort zuvor:

Kindertageseinrichtungen leisten eine wichtige Arbeit zur Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder. Angekündigt wird eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Einrichtungen. In den letzten Jahren sind an die Einrichtungen, das pädagogische Personal und die Eltern immer wieder neue Anforderungen gestellt worden – bei gleichzeitiger Kürzung der Mittel und gestiegenen Elternbeiträgen.

Der vorliegende Gesetzentwurf verbessert die Förderung der Kinder leider nicht; sinkende Standards sind zu befürchten.



Wir fordern:

Qualität der Tagesbetreuung und Zusammenarbeit mit den Eltern müssen ausgebaut werden!

Wesentliche Forderungen des Familienbundes der Katholiken zum Gesetzentwurf:

- 1.** Bildung von Kindern darf nicht von der Kassenlage der Kommunen abhängig gemacht werden. Wir fordern **landeseinheitliche Standards** (z.B. bei Gruppengrößen, Elternbeiträgen).
- 2.** Wir lehnen eine weitere Erhöhung der Elternbeiträge strikt ab. Dem Vorbild anderer Bundesländer folgend sollte zumindest das **letzte Kindergartenjahr beitragsfrei** sein.
- 3.** Die Bereitstellung von Plätzen in den Einrichtungen **für unter 3jährige Kinder** wird begrüßt. Hier ist eine an den Bedürfnissen des Kindeswohls orientierte **bessere Personalausstattung** (mind. 3 Fachkräfte für 10 Kinder) erforderlich – entsprechend den Empfehlungen auf europäischer Ebene.
- 4.** Eine bessere Zusammenarbeit der Erzieherinnen und Erzieher mit den Eltern muss gewährleistet sein. Das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern wird im Gesetzentwurf nicht gewährleistet. Wir fordern eine **Kooperation im Sinne einer Erziehungspartnerschaft!**
- 5.** Die **Mitwirkung von Eltern** in den Tageseinrichtungen ist **besser abzusichern**. Der Gesetzentwurf stellt die Mitwirkung der Eltern in das Belieben des Trägers.
- 6.** Fachkräfte in den Einrichtungen brauchen ausreichend Zeit für die Vor- und Nachbereitung und für eine gute Elternarbeit. Für diese Aufgaben fordern wir **mehr Verfügungszeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen!**
- 7.** Tageseinrichtungen sollen sich zu **Familienzentren** weiter entwickeln und dazu zusätzliche Aufgaben übernehmen. Die **Rahmenbedingungen** sind dringend zu **verbessern**, insbesondere durch Freistellung von Personal. Ansonsten geht die gute Idee zu Lasten der Förderung der Kinder!
- 8.** Wir begrüßen die gesetzliche Absicherung der Tagespflege als flexible und familienorientierte Form der Förderung von Kindern. Auch hier gilt der **Vorrang der Qualität vor der Quantität.**